

Antrag Nr. 13-F-33-0072

CDU und SPD

Betreff:

Umstellung auf SEPA-Verfahren
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.08.2013-

Antragstext:

Zum 1. Februar 2014 wird der inländische und ausländische Zahlungsverkehr für Unternehmen mit der Schaffung einer „Single European Payment Area“ (SEPA) vereinheitlicht. Auf diese Umstellung müssen sich auch Kommunen einstellen, was nach Presseberichten in Frankfurt bereits passiert. Da erhebliche organisatorische und technische Anpassungen notwendig sind, darf der Aufwand auf keinen Fall unterschätzt werden. Nach Einschätzung von Fachleuten besteht hierbei dringender Handlungsbedarf.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten auf die Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt hinzuwirken, dass deren Kunden möglichst zeitnah ihre Einzugsermächtigungen auf das neue Verfahren umstellen.
2. Ferner möge der Magistrat berichten
 - wann und wie den Bürgern die neue Gläubigeridentifikationsnummer der Stadt mitgeteilt wird.
 - ob die Bürger neue Einzugsermächtigungen erteilen müssen.

Wiesbaden, 29.08.2013